Kernkraftwerke haben keine Zukunft

Von dem Wunsch bestrebt, eine Welt ohne Kernkraftwerke zu schaffen, fordern wir eine Intensivierung der Rolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA)

11. Juli 2011

Siebener Komitee für Weltfrieden

Kinhide Mushakoji, Hideo Tsuchiyama, Yoshino Oishi,
Kayoko Ikeda, Michiji Konuma, Satoru Ikeuchi, Takashi Tsujii

Im Zusammenhang mit dem Tohoku-Erdbeben vom 11. März 2011 und dem darauffolgenden Tsunami sowie dem Reaktorunfall Fukushima Eins des Energiekonzerns Tepco wurden uns von Menschen aus dem In- und Ausland sowie von den Regierungen vieler Länder große Anteilnahme und Hilfeleistungen zuteil, insbesondere die für uns unerlässlich wichtige technische Kooperation zur Bereinigung des Reaktorunfalls muss hier erwähnt werden. Ferner arbeiten viele Menschen Tag und Nacht am Ort des schrecklichen Unfalls daran, die Lage zu entschärfen. Ihnen allen möchten wir von Herzen unseren Dank aussprechen.

Aufgrund der Tatsache, dass der Reaktorunfall in Fukushima eine von Menschenhand herbeigeführte Katastrophe im Rahmen einer Naturkatastrophe darstellt und dass es eine Unmenge von Problemen gibt, die wir Japaner und die Menschen auf der ganzen Welt zusammen überdenken und angehen sollten, richtet sich das Siebener Komitee für Weltfrieden an die Menschen in Japan und an alle anderen Bewohner dieses Globus, an Wissenschaftler und Journalisten sowie an die Regierungsparteien mit dem dringenden Wunsch nach einer gewissenhaften Überprüfung der Sachlage.

1. Der Unfall im Atommeilerpark Fukushima Eins des Energiekonzerns Tepco

Im Atommeilerpark Fukushima Eins des Energiekonzerns Tepco (i. F. Kernkraftwerk Fukushima Eins), über den ein gewaltiges Erdbeben und ein Tsunami hereinbrachen, häufte sich im weiteren Verlauf menschliches Versagen, welches letztendlich jegliche Stromversorgung des Reaktors zusammenbrechen ließ. Das Kernkraftwerk Fukushima Eins umfasst sechs Reaktoren, wobei in den drei Reaktoren, die sich in Betrieb befanden, eine Kernschmelze eintrat. In diesen drei und einem heruntergefahrenen Reaktor, somit insgesamt in vier Reaktoren, kam es zu einer Wasserstoffexplosion, durch die sie stark beschädigt wurden und somit nicht mehr betriebsfähig sind. Es geschah ein Unfall, der nie hätte geschehen dürfen, denn eine große Menge an Radioaktivität trat aus und verstrahlte Luft, Erde und Meer. Der Betrieb der zwanzig Reaktoren an der japanischen Pazifikküste, der Urananreicherungsanlage in Rokkashomura (Präfektur Aomori) sowie der infolge von Kontrolluntersuchungen heruntergefahrenen Atomreaktoren wurde nach dem Unfall vom Kernkraftwerk Fukushima Eins eingestellt.

Auch heute, vier Monate nach dem Reaktorunfall, ist der unentwegt Hitze produzierende Kernbrennstoff nicht unter Kontrolle und es sieht nicht danach aus, als ob in naher Zukunft eine Veränderung der Situation eintritt. Auch wenn sich die Wahrscheinlichkeit verringert hat, besteht doch weiterhin die Gefahr einer Wasserstoffexplosion. Noch immer kann ein Ende des Reaktorunfalls nicht proklamiert werden, denn die Menge an hochradioaktivem Kühlwasser nimmt stets zu, außerdem tritt weiterhin Radioaktivität in die Umwelt aus. Auch jetzt ist das volle Ausmaß der Katastrophe noch nicht bekannt.

Für die Menschen, die zur Evakuierung gezwungen waren, die Grundstück, Haus, den Kreis der Familie, die Beziehungen innerhalb der Kommune, ihre mit Liebe versorgten Tiere und Pflanzen, ihre Arbeit und ihre seelische Ruhe auf einen Schlag verloren haben und sogar Opfer atomarer Verstrahlung wurden, zeigt sich auch jetzt kein Weg aus der Misere. Sie verbringen Tage geprägt von Angst und Sorge.

2. Das Siebener Komitee für Weltfrieden

Das Siebener Komitee für Weltfrieden hält bei seinen Aktivitäten seit seiner Gründung im Jahre 1955 an seinem unparteilichen Standpunkt und dem Wunsch nach einer Welt in Frieden und Wohlstand fest. Wir lehnen alle Nuklearwaffen und jeden Krieg bedingungslos ab, weshalb es uns ein Anliegen war, dass der UNO unter internationalem Einvernehmen mehr Kompetenz übertragen und damit eine neue Weltordnung aufgestellt wird.

Als das Land, auf das im Zweiten Weltkrieg Atombomben geworfen wurden, verankerten die japanischen Bürger die Lehre, die sie daraus gezogen hatten, in der Präambel ihrer Verfassung: „Wir bekennen uns dazu, dass die Völker der ganzen Welt das Recht besitzen, frei von Furcht und Not in Frieden zu leben.“ Dieser Grundsatz unterstützte die Konstituierung Japans als eines friedliebenden Staates, der das Recht aller Völker der Welt auf ein Leben in Frieden anerkannte,

das es während des Kriegs durch Invasion und Kolonialismus in den umliegenden Ländern verletzt hatte. Und das Land, welches diesen Grundsatz proklamierte, setzte nach dem Krieg seine Kräfte in den Wiederaufbau seiner Wirtschaft.

Bei den Gedanken an die zur Evakuierung verurteilten Menschen, an diejenigen, die sich unter härtesten Bedingungen in der Umgebung des Atomkraftwerks durchkämpfen, an die Kinder, die nicht mehr draußen spielen können, obwohl sie nicht in nächster Nähe wohnen, Schwangere und Frauen, die kleine Kinder aufziehen oder die Menschen, die ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, weil sie durch die Emission radioaktiver Partikel verseucht sind, muss uns bewusst werden, dass die grundlegenden Menschenrechte dieser Personen verletzt wurden.

Wir wollen in unseren Aktivitäten der Solidarität mit den Opfern höchste Priorität geben und keine leichtfertigen Phrasen wie „unser Möglichstes tun“ von uns geben.

3. Konkrete Vorschläge zur Abschaffung von Atomkraftwerken

In einem Kernkraftwerk findet im Reaktor eine Kernspaltung statt, bei der die entstehende Hitze zur Stromgewinnung benutzt wird. Im Verlauf der Kernspaltung kommt es zur Erzeugung großer Mengen von radioaktiven Stoffen. Auch nachdem ein Kernkraftwerk abgeschaltet ist, muss es aufgrund der Nachzerfallwärme ständig gekühlt und die erzeugten radioaktiven Stoffe über 10.000 Jahre gelagert werden. Gelingt aus welchem Grund auch immer die Lagerung nicht vorschriftsgemäß, so kommt es zur atomaren Verseuchung von Mensch und Umwelt.

Angesichts des Reaktorunfalls in Tschernobyl (1986) und dieses Mal in Fukushima, bei denen große Mengen an radioaktiven Stoffen in die Umwelt abgegeben wurden und der Tatsache, dass auch die Ressourcen von atomaren Brennstoffen begrenzt sind, muss festgelegt werden: Nicht nur in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, sondern

(1) auf der ganzen Welt müssen die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Dass eine Abschaltung sehr wohl möglich ist, findet im nächsten Abschnitt ihre Begründung, ebenso gehen wir dort auf die Reihenfolge und das Zeitfenster ein, in dem sie in Japan durchführbar ist.

Nachdem das erste Atomkraftwerk Japans 1966 in Tokaimura (Ibaragi Präfektur) ans Netz ging, expandierte diese Art der Stromgewinnung bis zum Jahr 1997 auf 53 Atommeiler. 1998 wurde das erste Atomkraftwerk abgeschaltet, doch für abgeschaltete Atommeiler kamen auch stets wieder neue in Betrieb, sodass zum Zeitpunkt des Reaktorunfalls in Fukushima in ganz Japan 54 Atommeiler existierten. Die Ausweitung der Atomenergie endete mit dem Jahr 1997. Bezüglich der Anzahl der stromerzeugenden Kernkraftwerke befindet sich Japan nach den USA und Frankreich an dritter Stelle. Auch wenn es zur Realisierung der sich zurzeit in Bau befindenden und geplanten elf Atomkraftwerke kommt, so verringert sich die Gesamtzahl durch Abschaltungen. Dies führt dazu, dass Kernkraftwerke über ihre eigentliche Laufzeit von 30 oder

40 Jahren hinaus betrieben werden, wobei bisher nach den althergebrachten Sicherheitskriterien geprüft wurde. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima räumte die japanische Regierung ein, die Kriterien seien unzulässig und arbeitet nun an der Ausarbeitung neuer Sicherheitskriterien. Daraus lässt sich jedoch schließen, dass diese Laufzeitverlängerungen nach den alten Sicherheitsbestimmungen äußerst gefährliche Entscheidungen sind.

Daraus folgt:

- (2) *Eine Verlängerung der zuerst festgelegten Laufzeit der alten Kernkraftwerke darf nicht erfolgen. Sie müssen abgeschaltet werden.*
- (3) *Die Fortführung der Planung und des Baus neuer Kernkraftwerke muss sofort gestoppt werden.*
- (4) *Unter der Insel Japan befinden sich vier Erdplatten und unzählige aktive Verwerfungen, weshalb Erdbeben und Tsunamis unvermeidlich auftreten. Atomkraftwerke, die über Verwerfungen gebaut und somit gefährdet sind, müssen sofort abgeschaltet werden.*
- (5) *Ein Grund für die Aussichtslosigkeit, den Reaktorunfall unter Kontrolle zu bekommen und beizulegen, ist, dass auf engstem Raum sechs große Atommeiler nebeneinander aufgestellt wurden. Die japanischen Atomkraftwerke verfügen meist über mehrere Reaktoren auf einem Gelände. Es ist unerlässlich, die Reaktoren der Atommeilerparks zu verringern und die Reihenfolge festzulegen, in der sie vom Netz genommen werden.*
- (6) *Gibt es Reaktoren, die den Kriterien standhalten und deshalb bis auf weiteres nicht abgeschaltet werden, dann können sie für eine kurze Zeit weiterlaufen, jedoch nur im Bewusstsein der Tatsache, dass erneut ein Unfall möglich ist, wenn die besten Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet sind und von dritter Seite aus dem In- und Ausland geprüft und bestätigt wurden und wenn nicht nur die Zustimmung der Kommune, die den Bau vorantreibt, erfolgt, sondern auch die der Bürger, bis zu denen sich die Gefahrenzone ausweiten kann.*

Verfährt man nach diesen Prinzipien, dann wird Japan spätestens am Ende der Laufzeit des neuesten Kernkraftwerks zu einem Land ohne Atomkraftwerke.

Auch jetzt unmittelbar nach dem Reaktorunfall in Fukushima gibt es Stimmen, die behaupten, Kernkraftwerke seien unentbehrlich. Diese Menschen argumentieren mit „da die Sicherheit gewährleistet ist“, doch diese haltlose Phrase hören wir schon seit über 50 Jahren. Obwohl das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie, das seit den 1950er Jahren die Gewinnung von Atomstrom vorantrieb, und dessen Sonderamt, die Agentur für nukleare und industrielle Sicherheit (NISA) sich für die Gewährleistung der Sicherheit voll und ganz einsetzen müssten, üben sie stattdessen zu einem Zeitpunkt, an dem das Ausmaß des Reaktorunfalls in Fukushima noch nicht absehbar ist und sich der Radius der atomar verseuchten Gebiete immer weiter ausdehnt, vermehrt Druck auf die Regionen aus, in denen Atomkraftwerke aufgrund von Kontrolluntersuchungen abgeschaltet sind. Sie wollen die Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen und behaupten, die Sicherheitsmaßnahmen seien nach Fukushima bereits überprüft.

Als der Plan für den Bau eines Atomkraftwerks in Japan zum ersten Mal umgesetzt werden sollte, wies der Science Council of Japan vom technischen Standpunkt aus auf die Probleme im Bereich der Sicherheit, die Erdbebensicherheit eingeschlossen, der Abfallentsorgung und der Rentabilität hin. Hätte die Regierung damals die Anträge des Science Council of Japan verantwortungsvoll angenommen, dann wäre es mit ziemlicher Sicherheit nicht zu diesem Unfall gekommen.

4. Es ist möglich, Kernkraftwerke abzuschaffen

Richtet man seine Augen auf den Rest der Welt, so ist zu beobachten, dass bei den erneuerbaren Energien sich Forschung, Entwicklung und Gebrauch Schritt für Schritt ausweiten. China steht mit seinen Investitionen der letzten zwei Jahre an erster Stelle in der Weltrangliste und sogar die Atomkraftriesen USA und Frankreich nehmen einen Platz unter den ersten zehn Ländern ein. Japans Investitionen sind minimal und der Abstand zu den anderen Ländern immens.

Die jetzige japanische Energiepolitik wird von der Initiative der Menschen bestimmt, die die nukleare Stromgewinnung vorangetrieben haben. Den Energiekonzernen unterliegt Produktion, Transport und Verkauf von Strom, und somit besitzen sie die Gebietsmonopole. Außerdem werden die gesamten Kosten der Stromerzeugung automatisch mit einem Aufschlag auf den Strompreis verrechnet. Die Gelder im Bereich der Energieforschung wurden fast ausschließlich in die Nuklearforschung gesteckt. Die meisten Versuche der erneuerbaren Energien, sich in die Stromerzeugung einzubringen, wurden durch vielfältige Reglementierungen im Keim erstickt. Der Grund dafür, dass die erneuerbaren Energien in Japan nicht zum Greifen kamen, liegt im System.

Die jeden Tag mit dem Leid des Reaktorunfalls konfrontierten Bewohner der Präfektur Fukushima haben beschlossen, sich von der Atomenergie loszusagen, damit nicht noch einmal Menschen Opfer eines nuklearen Desasters werden. Sie streben an, die erste Präfektur Japans zu werden, die sich durch erneuerbare Energien versorgt und das Siebener Komitee schätzt diese Bestrebungen hoch und möchte sie umfassend unterstützen.

Doch dieses Problem betrifft nicht allein die Bewohner der Präfektur Fukushima, sondern stellt ganz Japan und die ganze Welt vor die Wahl, ob sie an einer Gesellschaft von Massenproduktion, Massenkonsum und Massenentsorgung, das heißt an dem Modell des 20. Jahrhunderts mit seiner Unterwerfung der Natur, festhalten will. Oder ob sie ein 21. und 22. Jahrhundert anstrebt, das die Natur nutzt, indem sie ihre Gewalt fürchtet und gleichzeitig ihrer Gnade und ihrem Segen Dankbarkeit entgegenbringt.

Wir, das Siebener Komitee für Weltfrieden, möchten hiermit die notwendigen Schritte für die schnelle Umsetzung einer auf die Zukunft ausgerichteten verantwortungsvollen Energiepolitik vortragen:

- (1) *Eine umgehende Forcierung von Forschung, Entwicklung und Gebrauch der erneuerbaren Energien muss vorrangig behandelt werden. Der Weg von Großformatigkeit, Zentralisierung und Gleichartigkeit hin zu Miniaturisierung, Streuung und Vielfältigkeit ist unerlässlich sowie zur Unterstützung dieser Ziele die Abschaffung diverser Reglementierungen.*
- (2) *Sowohl in der Bevölkerung als auch in den Unternehmen Japans ist das Bewusstsein, Energie sparen zu wollen, sprunghaft stärker geworden und muss zu einer Abwendung von einem ständig anwachsenden Stromverbrauch hin zur Anwendung und Verbreitung stromsparender Geräte im Sinne einer Effizienzsteigerung der Energie führen, der Stromverbrauch muss zeitlich besser gestreut und die Stoßzeiten durch die Förderung von Eigenstromversorgung entschärft werden. Das Problem der Stromdefizite tritt in Japan innerhalb eines Jahres nur kurzfristig während weniger Stunden an Sommernachmittagen auf.*
- (3) *Indem die in (2) aufgeführten Punkte intensiviert werden, können beziehungsweise müssen die noch bestehenden Kernkraftwerke schneller vom Netz genommen werden.*

Es ist unerlässlich wichtig, das Recht der Bürger auf ein Leben in Frieden vorrangig zu behandeln und in diesem Sinne müssen wir von dem Wirtschaftsprinzip abkommen, Strom nach Bedarf zu erzeugen, sondern unser Leben nach den zur Verfügung stehenden Stromressourcen gestalten.

Die Liberaldemokratische Partei, die hauptsächlich die Nachkriegsregierungen stellte, bestätigte stets, dass Japan in der Lage sei, nukleare Waffen zu produzieren. Solange sich die Regierungsgewalt jedoch in ihren Händen befinde, würden keine hergestellt. Überdies baute sie die nukleare Stromgewinnung aus, ist im Besitz einer großen Menge an Plutonium und beschaffte sich die Technologie der Urananreicherung. Diese Politik spricht für eine Abhängigkeit vom atomaren Schutzschirm in seiner Bezeugung der Gebrauchstauglichkeit von nuklearen Waffen und sie wurde hinsichtlich der politischen Absichten Japans über viele Jahre hinweg vom Ausland argwöhnisch betrachtet. Mit einem Herumreißen des Steuers in Richtung auf einen Ausstieg aus der Atomenergie, kann dieser Argwohn beseitigt werden.

5. Die Verstärkung internationaler Interventionen bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) widmet sich der friedlichen Nutzung der Atomkraft und setzt sich dafür ein, deren Zweckentfremdung zu militärischen Zwecken zu verhindern. Aus Anlass des Reaktorunfalls von Tschernobyl vom 25. April 1986 veranstaltete sie vier Monate später vom 25. bis 29. August zur Analyse des Unfalls in Wien eine Expertenkonferenz, die berichtete, dass zehn Tage nach dem Unfall der Ausstoß radioaktiver Stoffe unterbunden werden konnte. Die Experten der IAEA befinden sich aufgrund des

Reaktorunfalls in Fukushima schon vier Monate hier in Japan, doch außer einer Konferenz zur nuklearen Sicherheit auf Ministerebene ist nichts zustande gekommen.

Betrachtet man heute, vier Monate nach dem Reaktorunfall, die von Tepco und der Agentur für nukleare und industrielle Sicherheit (NISA) ergriffenen Maßnahmen, so muss zum allgemeinen Leidwesen festgestellt werden, dass sie nur der Wiederholung von Notbehelfen in einer aussichtslosen Situation entsprechen. Sie berichteten von äußerst optimistischen Einschätzungen in einer Art, als seien es reale Tatsachen, wodurch sie mehr und mehr in Verzug gerieten und was letztendlich zur Ausweitung einer Katastrophe beitrug, zu der es niemals hätte kommen dürfen. Um es den Bürgern zu ermöglichen, fundierte und angemessene Entscheidungen zu treffen, hätten Tepco und die Regierung ihnen Vertrauen entgegenbringen müssen und die Sachlage des Unfalls sowie die Zukunftsperspektiven umgehend offenlegen. Das heißt Unklarheiten müssen als Unklarheiten und Gefahr als Gefahr dargestellt werden. Da sie dazu nicht in der Lage waren, haben ihre Aussagen stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Wir haben mit unserer Kritik zurückgehalten und unsere differenzierenden Meinungen zurückgestellt, da uns eine umfassende Kooperation zur Beilegung des Unfalls aus dem In- und Ausland ein großes Anliegen war. Doch war die Transparenz von Tepco und NISA allzu gering, der wirkliche Stand der Dinge nicht ersichtlich und es gestaltete sich äußerst schwierig, die sich fortwährend verändernde Lage richtig einzuschätzen.

Damit nie wieder so eine Katastrophe eintritt, richten wir uns an die IAEA mit dem Wunsch, bereits im Normalzustand internationale Sicherheitskriterien im Hinblick auf wissenschaftstechnologische und gesellschaftliche Seiten zu schaffen. Sie soll vor Ort Inspektionen durchführen und hinsichtlich der Großanlagen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vermehrt Informationsmaterial sammeln. Sollte es zu einem Atomkraftwerkunfall kommen, darf sie es nicht bei einer bloßen Kooperation belassen, zu der sie ersucht wurde, sondern sie muss im Vorfeld ein System schaffen, das eine aktive Intervention bezüglich der Maßnahmen ermöglicht.

6. In Symbiose mit der Natur

Im Jahr 2009 veröffentlichte das Siebener Komitee für Weltfrieden den Appell „Im Streben nach einer Welt, die das Leben achtet“ und betonte dort die „Notwendigkeit, dass sich die Menschheit ihrer Zerstörungskraft im Hinblick auf die Geo- und Biosphäre bewusst ist“, ebenso die „Notwendigkeit, dass geistige Leistungen, Machtausübungen und Markttransaktionen kontrolliert werden“.¹ Angesichts der natur- und menschenbedingten Katastrophe von Fukushima geben wir unserer Ansicht erneut Ausdruck.

¹ http://worldpeace7.jp/en/modules/pico/index.php?content_id=14

Im Hinblick auf die Instabilität der Geosphäre unserer Insel fordern wir von der japanischen Regierung und der Finanzwelt bezüglich der energiepolitischen Selektion, eine gewissenhafte Politik entsprechend dem Vorsorgeprinzip, bevor Maßnahmen im Rahmen eines Unfalls überhaupt ergriffen werden müssen. Das bestehende politische Krisenmanagement richtet sein Augenmerk ausschließlich auf die Balance von Energiepolitik und wirtschaftlicher Wirkung und achtet nicht sorgfältig genug auf die Möglichkeit einer Verletzung des Rechts auf ein friedliches Leben der Bewohner des Katastrophengebiets, insbesondere von gesellschaftlich benachteiligten Menschen. Die auf dieser Insel wohnenden Menschen sollen ihren Lebensraum mit der Natur teilen und so in Symbiose und Harmonie mit ihr leben.

7. Schlusswort

Japan, das durch den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum Opfer der militärischen Nutzung der Atomenergie wurde, muss sich nun der Tatsache stellen, dass es durch die von Menschenhand herbeigeführte Explosion des Atomkraftwerks Fukushima Eins nach dem Tohoku-Erdbeben vom 11. März zugleich Opfer der friedlichen Nutzung der Atomenergie wurde.

Das Siebener Komitee für Weltfrieden steht repräsentativ für die Intentionen vieler Japaner und appelliert an alle besonnen Menschen in Japan und auf der ganzen Welt sowie an deren Staatsoberhäupter, den Weg zum Verbot der militärischen Nutzung der Atomenergie und zur vollständigen Abschaffung von Atomkraftwerken zu beschreiten.